

*Ing. Johann Schein
Raumberger Maturajahrgang 1962*

Europa und wir

Mit der Wahl zum EU-Parlament am 26. Mai 2019 rückt die 'Gemeinschaft wieder verstärkt in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses. Für Österreich von Bedeutung ist auch, dass es nur einen einzigen statt der bei Nationalratswahlen üblichen drei Wahlkreise geben wird. Zudem werden uns infolge des Brexit anstelle der bisher 18 Parlamentssitze 19 zugestanden.

Nicht wenige sehen in dieser Wahl auch einen Wertungstest für die Regierung und auch für die neue SPÖ-Vorsitzende.

Laut Meinungsumfragen bröckeln die bisherigen Mehrheitsverhältnisse. Europa kritische Kräfte - gerne als Populisten bezeichnet - könnten verstärkt zulegen. Wohl als Folge so mancher Irritationen und sichtbar gewordener Bruchlinien und politischer Verwerfungen. So ist man sich bis heute uneins über das anzustrebende Ziel, will man im Sinne der Gründerväter eine Vereinigung der Vaterländer unter Wahrung größtmöglicher Souveränitätsrechte oder einen Zentralstaat im Sinne der Vereinigten Staaten von Amerika. Dieses wird da und dort ganz offen angesprochen. Relativierende Kräfte reden gerne von einer notwendigen Vertiefung der EU, die heute, noch mit Großbritannien, 28 Mitglieder zählt. Beschwichtiger sprechen von einem Kerneuropa, wohl unter dem Banner von Frankreich und Deutschland. Wieweit den kleinen Mitgliedstaaten dann noch Gehör geschenkt werden würde, bleibt offen. Ebenso die Tragweite weiter zunehmender Überfremdung und Verlust von europäischer Kultur.

EU als Wertegemeinschaft

Die Europäische Union versteht sich gerne als Wertegemeinschaft. Sie hat bis heute kein Endziel fixiert, nach weitläufiger Meinung befindet sie sich in einem Prozess heimlicher Staatswerdung. Wahlen in ihr Parlament werden gemeinhin als Signal der Bürger verstanden. Je nach Standpunkt lassen sich verschiedene Interpretationen zu. Mit einer Wahlbeteiligung von knapp 43 Prozent beim letzten Urnengang im Jahre 2014 kann nicht von einer großen politischen Legitimation gesprochen werden. Österreich kam auf eine Wahlbeteiligung von 45 Prozent.

Österreichs Weg in die EU war eher ein beschwerlicher. Es gab diesbezüglich viel innerpolitischen Zwist. Während sich die rechte Reichshälfte sehr bald zu einem gemeinsamen Markt und somit zur EWG bekannte, kamen von links

negative Stimmen. Der seinerzeitige SPÖ-Vorsitzende Pittermann bezeichnete sie als "kapitalistischen Bürgerblock". Ähnlich ablehnend war auch die Haltung der Grünen, der spätere EU Mandatar Voggenhuber stimmte bei der Volksabstimmung im Jahre 1994 gegen den österreichischen EU-Beitritt. Nicht zu vergessen ist auch das Veto der Sowjetunion als Signatarmacht des österreichischen Staatsvertrages.

EFTA als Konkurrenzmodell

Großbritannien fand anfangs keinen Zugang zur EU. Frankreich mit Präsidenten Charles de Gaulle legte sich quer. Im Konkurrenzdenken und zur Stärkung der eigenen Handlungsfähigkeit fand man unter Führung Großbritanniens in der EFTA - Europäische Freihandelsassoziation - ein alternatives Integrationsmodell. Sie zählte nach der 1960 geschlossenen Stockholmer Konvention mit Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz insgesamt sieben Mitglieder mit Amtssitz in Genf. Als politische Führung konstituierte sich der sogenannte EFTA-Rat. Der EFTA war neben der EU mehr oder weniger aber nur ein Schattendasein beschert, Großbritannien und Dänemark fanden schließlich 1973 Aufnahme in der EU. 1995 folgte ihnen Österreich nach vorhergehendem Volksentscheid - die Wahlbeteiligung lag bei 82 Prozent - mit einer Zustimmung von 66,6 Prozent. Österreich bemühte sich schon lange vorher um eine Annäherung an die EG, der späteren EU. Seit November 1970 gab es diesbezügliche Gespräche. Im Juli 1989 forderte der Nationalrat die Bundesregierung auf, den EG Beitritt zu beantragen. Erst 1991 kam von der EG-Kommission eine positive Stellungnahme, 1993 begannen die Beitrittsverhandlungen, die mitunter von einem frostigen Klima und festgefahrenen Positionen begleitet waren.

Die EU fand in Österreich trotz der im Jahre 2000 im Gefolge mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ rechtswidrig verhängten Sanktionen, die vielenorts als Beleidigung empfunden wurden, gute Zustimmungswerte. Diese Maßregelung war nicht von langer Dauer, sie wurde bereits im September wieder aufgehoben. Um ohne Gesichtsverlust aussteigen zu können, bedurfte es für deren Beendigung eines positiven "Weisenberichtes", erstellt von EU-Prüfungsorganen bezüglich der Rechte von Minderheiten, von Flüchtlingen und Einwanderern sowie der Entwicklung der politischen Natur der FPÖ in Österreich. Ein wenig Strenge musste aber schon bleiben, man wollte die Entwicklung in Österreich weiter genau beobachten. Rechtsextreme Kräfte in der italienischen Regierung waren in der EU aber kein besonderes Thema.

Ein Elitenprojekt ohne Volk?

Die EU wird bei landläufiger Beurteilung von vielen als Elitenprojekt gesehen, losgelöst von den Sorgen und Nöten breiter Bevölkerungsschichten. Wichtige Entscheidungen fallen hinter verschlossenen Türen im Rat, der sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, der an der Spitze steht, zusammensetzt. Als Exekutivorgan der EU fungiert die Europäische Kommission über das Initiativrecht im EU-Gesetzgebungsverfahren. Sie wird von den nationalen Regierungen entsandt und gilt als die Hüterin der Verträge und der Einhaltung des Unionsrechtes.

Streng genommen Organe, die vom Volk nicht durch eine freie Wahl legitimiert sind. Das einzige direkt gewählte Organ der EU ist das Europäische Parlament. Es ist mit den nationalen Parlamenten nur bedingt vergleichbar, diese Abgeordnetenversammlung kann weder die europäische Regierung kontrollieren noch eigene Gesetzesvorschläge formulieren. Als Gesetzgeber kann sie nur gemeinsam mit dem Rat auftreten. Dasselbe gilt auch für die Verabschiedung des EU Haushaltes. Dem Parlament kommt bei der Wahl der Europäischen Kommission eine bedeutende Rolle zu und kann sich als legitimer Vertreter der rund 500 Millionen EU-Bürger sehen, die der EU wegen ihrer oft schwer nachvollziehbaren Politik immer weniger folgen wollen. Dann gibt es einzelne Europapolitiker, die manchmal unerträglich besserwisserisch auftreten. Selbst Parteifreunden in der österreichischen Regierung werden von Brüssel aus unfreundliche Zensuren erteilt.

Außengrenzen im Blickpunkt

Die Menschen in Europa wünschen sich eine Union, die ihre Werte und Interessen verteidigt und schützt. Eine Union, die ihre Außengrenzen streng kontrolliert, Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die angestammte christliche Kultur fördert. Es darf kein Europa geben, das auf seine durch viele Jahrhunderte gewachsenen nationalen Identitäten verzichtet. Patriotismus ist keine überholte Kategorie und Multikulturalismus kein Ersatz für Heimat. Eine lange vorherrschende linke Doktrin war Wegbegleiter für die fehlende Integration vieler Zugewanderter in europäische Ballungsräume, insbesondere in deutsche Großstädte, womit sie mitverantwortlich für das Aufkommen von Parallelgesellschaften mit kriminellen Begleiterscheinungen ist. Es gibt kein Menschenrecht auf Migration und daher war es nur folgerichtig, dass Österreich den UN-Migrationspakt nicht beigetreten ist.

Auch den politischen Islamismus im Gefolge mit muslimischer Massenimmigration gilt es abzuwehren, ebenso wie den möglichen Beitritt der

Türkei in die EU, der in nahezu unverantwortlicher Weise von Politikern vorangetrieben worden ist. Nun ist wohl eine diesbezügliche Ernüchterung eingeleitet, noch gibt es nicht wenige Stimmen, die meinen, das moslemische asiatische Land mit seinem bekannten massiven Bevölkerungswachstum wäre ein strategischer Gewinn für Europa. Die in unserem Kontinent bereits in großem Stil vorhandene gesellschaftliche Vielfalt wird von vielen immer mehr als Bedrohung statt eines Mehrwerts oder Bereicherung empfunden.

Die EU lebt auch ihre besonderen Eigenheiten. Ihr Parlament pendelt bekanntlich abwechselnd zwischen Brüssel und Straßburg, was mit hohen Kosten verbunden ist. Dass einem Abgeordneten im Plenum lediglich eine Redezeit von nur drei Minuten zusteht, erklärt sich von der großen Anzahl von 751. Weniger verständlich ist der nicht unerhebliche Einfluss, den findige Lobbyisten - von diesen lieber Berater genannt - im Auftrage von multinationalen Konzernen und der Finanzwirtschaft in diversen EU-Gremien ausüben. Man denke dabei insbesondere an die überbordende Regulierungswut, von der Gurkenkrümmung über die Staubsauger, die Glühbirnen bis zur Datenschutzverordnung, mehr aber an die massiven Steuerprivilegien von Großkonzernen und die angedachte Zwangsverteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Mitgliedstaaten. Jeder zweite Acker in der EU ist heute gepachtet, die Fördergelder gehen zumeist an die Landeigentümer und nicht an die Pächter als praktizierende Bauern. Mit dem Schutzstatus des Großraubwildes, insbesondere des Wolfes, bediente man Naturschutzbewegte auf Kosten der um ihre Existenz hart ringenden Alm- und Bergbauern.

Wir und Europa

Die positive Grundhaltung für ein weitgehend geeintes, friedliches, nicht aber zentralistisches Europa dürfte für viele von uns ein besonderer Wert sein. Wenn auch am 26. Mai das mächtigste Gremium der EU, der Europäische Rat, nicht zur Wahl steht, sollten wir dennoch mit abstimmen und so Europa unsere Reverenz erweisen.

---*---